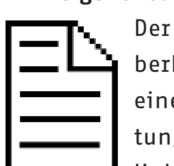
ANTIBERLINER

Kampfblatt für Haschrebellen // Nr. 13 // August/September 2007



■ **In eigener Sache**



Der Antiberliner ist eine Zeitung für linke Politik und Kultur, die alle zwei bis drei Monate erscheint und kostenlos in Berlin verteilt wird. Oft werden wir verständnislos nach unserem Namen gefragt und was wir denn gegen die Berliner hätten. Dabei leben wir sogar sehr gern in Berlin. Ihren Namen hat die Zeitung vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen, der die Kreuzberger als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern. Ein Ehrentitel also für anständige Berliner ...

■ **Impressum:**

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de
- Unterstützer: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



»Vietnam und die Altnazis waren ein großes Thema«

Die spektakulärste Aktion der Bewegung 2. Juni war die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz. Er verbrachte fünf Tage im »Volksgefängnis der Bewegung 2. Juni«. Es ist die einzige Entführung in Deutschland, die eine Befreiung von Gefangenen zur Folge hatte

Interview mit Ronald »Ronnie« Fritzsch. Er war in der Bewegung 2. Juni und saß als politischer Häftling im Gefängnis

Wer hat mehr Banken überfallen, die Bewegung 2. Juni oder die Rote Armee Fraktion?

Keine Ahnung.

Wie viel Banken habt ihr überfallen?

Da muss ich mal in der Anklageschrift gucken, ich glaub' es waren zehn.

Was habt ihr mit dem Geld gemacht?

Im Wesentlichen haben wir die Illegalen und deren Strukturen finanziert. Daneben wurden aber auch mehrere legale Projekte finanziell unterstützt. Es ging alles in einen Topf, ob es eine Bank oder sonst was war. Jeder hatte 150 DM die Woche, dazu die Miete. Das war nicht viel, aber es war ausreichend. Es konnte sich dadurch kein Lebensstil entwickeln, wo Leute auf die Idee kommen könnten, deswegen Banken zu überfallen.

Was für Schlussfolgerungen kann man heute aus der Erfahrung der verschiedenen bewaffneten Gruppen und der gesamten Linksradikalen in Deutschland in der Zeit zwischen den siebziger Jahren und dem Fall der Mauer ziehen?



TV-Heulboje Till Schweiger spielte den Haschrebell in »Was tun, wenn's brennt«

Dafür reicht hier der Platz nicht. Da müßte man den *Antiberliner* um ein paar Seiten erweitern. Eine bewaffnete Linke kann nur mit dem Hintergrund einer starken Linken existieren. Die RAF hat sich am Ende davon verabschiedet, indem sie gesagt hat, ihr Bezugspunkt sei nicht die deutsche Linke oder die Bevölkerung hier, sondern die Völker des Trikonts, da es um die weltweite Befreiung gehe. Das macht es natürlich einfach, dann braucht man hier keine politische Rücksichtsnahme zu üben.

Bei uns war das anders. Wenn es keine Linke gibt, die das politisch trägt, gibt es auch keine Leute, die das praktisch tragen. Dann gibt es auch keine illegalen Gruppen. Jeder Illegale braucht Leute, die legal sind, die Wohnungen besorgen, die Autos besorgen, die Papiere besorgen oder ihre Papiere zur Verfügung stellen. Dadurch, dass ein großer Teil von den Aktiven Mitte der Siebziger eingefahren ist und ein anderer Teil, der noch draußen war, sich die RAF-Positionen immer mehr angeeignet hat, ist ganz viel von der Unterstützung weggefallen.

Eure Politik im Knast hat sich ja auch deutlich unterschieden.

Die RAF hat ab 1977 für sich gefordert, nach der Genfer Konvention den Kriegsgefangenenstatus zu erhalten. Danach wollten sie behandelt, zum Beispiel zusammengelegt, werden. Wir haben den Knast als einen anderen Lebensraum gesehen, in dem wir unfreiwillig sind. Wir haben nicht so zwischen »sozialen« und »politischen« Gefangenen unterschieden. Wir haben gesagt, der Kampf geht hier weiter und zwar gemeinsam mit den »sozialen« Gefangenen.

Was war der politische und soziale Kontext, in dem die Bewegung 2. Juni entstand?

Die Bewegung war Ende der Sechziger Anfang der Siebziger sehr vielschichtig. Es gab kulturelle Veränderungen, es war ein Aufbegehren, auch in den Lebensformen. Es gab viele Versuche von selbstverwalteten Jugendzentren, Betriebsgruppen, Stadtteilgruppen, Kinderläden.

Gab es irgendwelche Vorfälle, warum sich diese Szene politisch radikalisierte?

Die Radikalisierung war in erster Linie eine politische, also die Ablehnung des Kapitalismus und



Ronald »Ronnie« Fritzsch und Ralf Reinders (v.l.n.r.) während ihres Prozesses

des Imperialismus. Vietnam war ein großes Thema, ein anderes großes Thema waren die Altnazis, die die Bundesrepublik aufgebaut hatten. Natürlich gab es das Attentat auf Rudi Dutschke, aber ich würde das nicht an einzelnen Anlässen festmachen. Ich würde das als eine alltägliche Entwicklung beschreiben, in dem Sinne, dass man im Alltag einen politischen Standpunkt hat und an Grenzen stößt. Zum Beispiel war das der Fall bei den Leuten, die in Betriebsgruppen gegangen sind. Das waren Studenten oder Leute, die sowieso dort gearbeitet haben. Da war es viel schwieriger Veränderungen durchzusetzen. Da warst du ganz schnell wieder draußen.

Einige sagen, die Konsequenz aus den Jahren des bewaffneten Kampfes ist auch, dass der bürgerliche Staat sein Waffenarsenal aufgerüstet hat und nun mit verschärfter Repression gegen Protest vorgehen kann.

Das würde ich anders sehen. Als das Handgranatengesetz verabschiedet wurde, ist noch nicht ein Schuss gefallen. Als die Notstandsgesetze verabschiedet wurden, ist noch nicht einmal ein Stein geflogen. Wenn wir uns anschauen, was in den letzten 15 Jahren für Gesetzesverschärfungen stattgefunden haben, gerade auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, da ist nichts passiert, was das rechtfertigen würde.

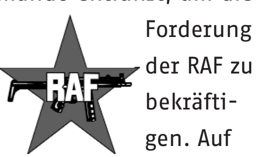
Natürlich führen politische Fehler – wie zum Beispiel die Entführung der Landshut nach Mogadischu – zu einem Klima, in dem die Leute, die du eigentlich erreichen willst, auf einmal Verständnis dafür entwickeln, wenn der Staat radikalere Einschnitte vornimmt. Sie fühlen sich selbst bedroht. Es gab politische Fehler, die dazu beigetragen haben, aber die waren mit Sicherheit nicht die Ursache.

Was ist dann die Ursache für Repression?

Die Ursache sind die Ausbeutungsverhältnisse. Wenn ich jemand für mich arbeiten lasse und dem alles wegnehme, dafür dass der arbeitet, dass es ihm wesentlich schlechter geht als mir. Und wenn ich von dem profitiere, was er arbeitet, dann beruht das immer auf einem Gewaltverhältnis, das ich nur mit Gewalt aufrechterhalten kann. Wenn ich jemand so abziehe, dann hab ich auch Angst vor dem. Natürlich habe ich Angst, dass der irgendwann mal die Schnauze voll davon hat.

Herbst ‘77

Der »Deutsche Herbst« begann mit der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer im September 1977. Die Entführung war Teil der sogenannten »Offensive 77« der Roten Armee Fraktion, die die Freiheit der RAF-Gefangenen zum Ziel hatte. Im Oktober wurde die Lufthansa-Maschine »Landshut« von einem palästinensischen Kommando entführt, um die Forderung der RAF zu bekräftigen. Auf dem Flughafen Mogadischu in Somalia stürmte die Polizei-Einheit GSG 9 das Flugzeug. Drei der vier Entführer wurden getötet. An dem Morgen wurden auch die RAF-Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in ihren Stuttgarter Gefängniszellen tot aufgefunden. Was in der »Todesnacht von Stammheim« geschah, ist nach wie vor unklar. Einen Tag später fand man Schleyers Leiche.



Der Begriff »Deutscher Herbst« leitet sich aus dem 1978 gezeigten Film »Deutschland im Herbst« ab. Darin setzen sich elf Regisseure des so genannten Neuen Deutschen Films darunter Rainer Werner Fassbinder und Volker Schlöndorff kritisch mit der Reaktion des Staates auf die RAF auseinander.



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Gedankenverbrechen«

Wenn ich vor meinem Computer sitze, frage ich mich neuerdings, wer wohl staatlicherseits gerade in meinen Musikdateien wühlt oder das vielleicht schon länger macht. Und vielleicht habe ich ja auch nicht nur Musik, sondern auch private Dinge auf meinem PC gespeichert. Dinge, die ich auch nicht »meinem« großen Bruder zeigen möchte. Die Onlinedurchsuchung erinnert an Gesetze, die den US-Behörden seit dem 11.9. erlauben, Häuser in Abwesenheit der Bewohner zu durchsuchen, ohne nachträgliche Benachrichtigung und mit der Verpflichtung zum Schweigen für zufällige nachbarliche Beobachter.

Eigentlich schon ein alter Hut, aber neuerdings kommen mir dabei Gedanken, die ich eigentlich für mich behalten wollte. Kann man ja keinem erzählen, dachte ich. Lasst es mich so verpacken: Funny van Dannen hat mal ein Lied geschrieben, das später auch von den Toten Hosen veröffentlicht wurde. Das hatte den provokativen Titel: »Auch lesbische schwarze Behinderte können ätzend sein«. Meine bösen Gedanken in letzter Zeit gingen jedenfalls in die Richtung, jemanden mal so richtig aus dem Rollstuhl zu schubsen. Huch, hab ich´s jetzt tatsächlich gesagt? Aber es geht ja auch um eine bestimmte Person, nicht einfach irgendjemanden. Und die Person ist sowas von aufdringlich ätzend, dass in ihren eigenen Gedanken gesprochen, man wohl von gezielter Tötung reden müsste. Huch! Jetzt gehts aber wirklich zu weit, ich schaue lieber mal nach den Downloads.

Terror und Staatsterror – was ist nun eigentlich Terror?

Der alte Brockhaus definierte Terror als »eine gewalttätige Form des politischen Machtkampfes, insbesondere der brutalen Regierung eines Diktators zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft«, sprich: Staatsterror. Der moderne Terrorismusexperte Waldmann sieht Terror anders: »Planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund.« In diesem staatlichen Verständnis verkörpert »Terror« die Unmöglichkeit der Integration, wo Dialog und zivilisierte Mittel nicht helfen

Eine Person in die Nähe von »Terrorismus« zu rükken, ist die Drohung, bereits auf Verdacht mit nötigenfalls extralegalen Mitteln gegen ihn vorzugehen. Die Zuschreibung »Terrorist« öffnet die Büchse der Pandora: »Killfahndung«, Isolationshaft und physische Folter statt rechtsstaatlicher Verfahren. Murat Kurnaz kann das bezeugen. Sieht sich der Staat bedroht, wird »die Rebarbarisierung des Politischen zum Ehrenzeichen einer kämpferischen Zivilisation« (Sebastian Scheerer). Diese Rebarbarisierung kann Staatsterror sein, der aber »übergesetzlicher Notstand«, »Ausnahmezustand« oder »Sicherheitsmaßname« heißt, oder das Regieren mittels der Angst vor »Terror«.

Damit Politik mit der Angst vor dem Terror funktionieren kann, muss Terror inszeniert werden, er will und braucht ein Publikum, also Massenmedien und irgendein Drehbuch.

Das kann mit Falschmeldungen geschrieben werden (wie die 1974 verbreiteten »Erkenntnisse«, dass die RAF WM-Fußballstadien mit Raketen angreifen wolle), oder auch mit gesteuerten Attentaten – siehe die Massaker der 1970er und 1980er Jahre durch faschistisch-geheimdienstliche Bomben im Rahmen der »Strategie der Spannung« in Italien und die Oktoberfestbombe 1980, die der Linken in die Schuhe geschoben werden sollte was nur deshalb nicht klappte, weil der Nazi, der sie legte, beim Bombenzünden umkam. »Sicherheitsbedrohungen« durch staatlichen Terrorismus zu erzeugen, um dadurch eine Rebarbarisierung zu legitimieren, ist ungeheuer zynisch, aber funktional.

In einem Krieg führenden Land muss die Unterscheidung zwischen staatlicher legaler und nicht-staatlicher illegaler Gewalt gegen alle Realität behauptet und durchgesetzt werden. Es ist ein politisches Problem, einerseits Krieg zu führen, also tödliche Gewalt als Mittel staatlicher Politik zu nutzen, und andererseits Gewalt als Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu ächten. Immerhin muss es in dieser Konstellation den Staatsmacht ausübenden und vorsätzlich tötungsbereiten Soldaten ebenso geben wie den gewaltfreien Oppositionellen. Beide müssen im Rahmen desselben Systems gewaltfähig, bzw. gewaltlos gehalten werden. Die Unterscheidung zwischen einem Luftwaffeneinsatz, der womöglich zivile »Kollateralschäden" verursacht und Bombenanschlägen auf militärische Einrichtungen, von denen diese Einsätze ausgehen, muss unbedingt behauptet werden, entsprechend die Unterscheidung zwischen guten Opfern (z.B. Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, die ein Staatsbegräbnis bekommen) und schlechten Opfern (z.B. durch NATO-Bomben getötete serbische Zivilisten, deren Angehörige keine Entschädigung erhalten). Der staatsterroristische »War on Terror« tötet afghanische, libanesische oder irakische Zivilisten und verletzt die Grundrechte der einheimischen Staatsbürger.

Dieses grundsätzliche Dilemma soll durch einen propagandistischen »Terror«-Begriff, der staatliche Gewalt und Staatsterror ausblendet, abgefedert werden. Diese Aufgabe erfüllt der Terrordiskurs. Er ist gesellschaftlichen Einflüssen wie denen einer konkurrierenden Presse ausgesetzt, aber unterm Strich hat er eine unstrittige Gemeinsamkeit: Kein Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol, keine Revolution. Mit anderen Worten, der Terrordiskurs richtet sich gar nicht gegen Terror, er soll vielmehr das Terrormonopol des Staates schützen.


Polizeieinheiten auf der Suche nach Terroristen bei den Block-G8-Aktivisten im Juni in Heiligendamm

Ein Gespenst geht um …

Der Terrordiskurs darf natürlich auf gar keinen Fall Gründe für militanten Kampf transportieren. Die alten RAF- und RZ-Anschläge auf US-Militärbasen sind wegen der heutigen CIA-Folter- und Nachschubflüge für den Irakkrieg von eben diesen Stützpunkten ganz tabu. Ak-











tionen wie die Sprengung des Knastes von Weiterstadt oder die glücklich gelaufene Lorenz-Entführung der Bewegung 2. Juni oder die internationalistischen Aktionen der Roten Zora gegen die Ausbeutung von Frauen in Weltmarktfabriken, bzw. die militante Solidarität der RZ mit Flüchtlingen und das Umlegen von Strommasten nach Tschernobyl durch Anti-AKW-AktivistInnen usw. werden tunlichst wenig erwähnt.

Die Begnadigungsdebatte um Christian Klar belegte übrigens auch, auf wen der aktuelle Terrordiskurs zielt. Seine verratslose Distanzierung von der vergangenen RAF reichte nicht. Er blieb im Knast, weil er antikapitalistische Grüße an die heutige Linke schickte.

Dass der Terrordiskurs viel mit der heutigen Linken zu tun hat, zeigt auch der Kommentar von Frank Jansen im Berliner *Tagesspiegel* am 27.5.07: »Revolution und Kommunismus, das ist eine zentrale Lehre der Geschichte, haben der Nachkriegslinken schwer geschadet. Das SED-Regime und die RAF [...] verkörpern auf ewig das Scheitern der deutschen Modelle totalitärer linker Ideologie. [...] Schluss mit dem Quatsch. Die wahren Linken von heute sind nicht Fidel Castro oder Untote [sic!] wie Che Guevara, Mao, Lenin, Stalin, Trotzki, Bakunin, Marx. [...] Die echten Linken heißen zum Beispiel Heiner Geißler und Al Gore.« Und dann, mit Bezug auf den G-8 in Heiligendamm: »Die extreme Linke scheint im Kampf um die Bilder vorne zu liegen. Und sie könnte ihn gewinnen, sollte in Rostock oder am Zaun schwere Randale gelingen. [...] Gewaltfreie, nicht-extremistische Linke müssen sich von den »Revolutionären« absetzen.« Da ist aber jemand ziemlich besorgt, dass Revolutionäre nicht tot zu kriegen sind, und das alte linke Gespenst wieder in Europa – und nicht nur da – umgeht. Zu Recht?



Infoladen Fusion in Berlin während der »Razzia gegen G8-Gegner – Terror-Angst!« (*BILD*)

2007 geht es wie 1967 oder 1977 um die Wahrung der Staatsräson: Soziale Unruhen verhindern oder unterdrücken und fehlenden gesellschaftlichen Konsens übertünchen. Konkreter gesagt: zu verhindern, dass ein entnervter pauperisierter Pöbel die Vorortvillen der Reichen niederbrennt – so formulierte es ein Oberstleutnant kürzlich in einem Interview mit der Tageszeitung *junge Welt*.

Solidarität gegen Rebarbarisierung

Die Asymmetrie der Auseinandersetzung ist 1967 oder 1977 oder 2007 ähnlich: Die Linken kämpfen ganz grundsätzlich gegen Ausbeutung und Umweltzerstörung, für weltweite Gerechtigkeit und Egalität, die Staatsorgane gegen formale Ordnungsstörungen und zur Verteidigung des Gewaltmonopols. In dieser Konstellation wurde und wird Solidarität und die solidarische Kultur, die für Linke lebensnotwendig sind, vom staatlichen »universalen« Terror-Verdacht bedroht. Zwar sind die meisten globalisierungskritischen Aktionen friedlich und werden es auch bleiben – es gibt aber die staatliche Erinnerung an die ersten RAF-AktivistInnen, die die zivilen Protesttaktiken der APO von 1967-69 als zu wirkungslos kritisierten und ab 1970 den bewaffneten Kampf propagierten. Und wie wirkungsvoll sind eigentlich die heutigen zivilen Proteste? Wer da zweifelt, gerät ins Visier des »universalen« Terrorverdachts.

Allerdings: Über gewisse Fallstricke des Terrordiskurses stolperte die Staatsagentur BAW mit ihren wortwörtlichen Schnüffeleien im Mai im Vorfeld des G8. Die Massenmedien sind auch bei der zur Terror-Inszenierung gehörenden Inszenierung antiterroristischer Maßnahmen unverzichtbar. Dummerweise hatten sie aber die Latte der Terrordefinition vor dem Hintergrund des Jahrestags des Buback-Attentats gerade auf RAF-77-Höhe gelegt. Und niemand, der noch seine Sinne beieinander hat, vergleicht »Farbanschläge« mit tödlichen Salven aus einer automatischen Waffe. Abgebrannte Autos oder Sachschäden an Firmen sind keine erschossenen Bundesanwälte, Bankiers oder Politiker – und anonyme Herausgeber eines autonomen Geschichtsbuchs sind nicht die RAF. Der Terrordiskurs funktioniert nicht gegen jede Rationalität und Realität, und wenn außer der durchgeknallten *BILD* niemand »Berlin in Terrorangst« sieht, wirkt staatlicher Antiterrorismus ganz hüllenlos wie das, was er ist: ein Angriff auf oppositionelle Strukturen.

Der Terrordiskurs setzt auf Entpolitisierung, Einschüchterung und Zerstörung der kollektiven Zusammenhänge. Wenn die Linke wie immer auf Emanzipation, Mobilisierung und Solidarität setzt, wird sie ihm nicht auf den Leim gehen.

P.S.: Rostock/Heiligendamm war wahrlich nicht der Deutsche Herbst 1977 und es war ein wesentlicher Erfolg, dass die Basis ihre Sprecher links überholt hat. Dennoch wurde die Drohung mit dem Ausnahmezustand bei diesem G 8 aktualisiert. Hinter dem Zaun lauerte die Rebarbarisierung – und wie sehen Blockaden gegen sie aus?

Klaus Viehmann

Schäubles Welt



Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble reicht 129a nicht aus. Er will den Paragrafen um 129c und 129d erweitern. Damit stünden künftig schon »Terrorvorbereitungen« unter Strafe wie die Ausbildung in einem so genannten Terror-Camp, das Sammeln von Geld für Anschläge sowie der Besitz und die Verbreitung von Bomben-Bauanleitungen. Von dem Paragrafen sollen auch politisch motivierte Einzeltäter erfasst werden. Bisher konnte 129a nur für Gruppierungen ab drei Mitgliedern herangezogen werden.

Nach Schäubles Wunsch soll darüber hinaus auch eine Rechtsgrundlage für eine gezielte Tötung von »Terroristen« erarbeitet werden. Im *Spiegel*-Interview sagte er: »Würde etwa Osama Bin Laden aufgespürt und stünde eine derartige Entscheidung an, wären die Rechtsfragen in Deutschland völlig ungeklärt.«

■ **Anti-Schäuble-Aktion**
Am Samstag den 22. September wir es in Berlin eine bundesweite Anti-Schäuble-Demo geben. Auftaktort ist der Pariser Platz.
◆ **freiheitstattangst.de**

Italien und das Jahr 1977

Ähnlich wie in der BRD, ist auch in Italien das Jahr 1977 ein Kristallisationspunkt linker Bewegung. Was in der BRD als »Deutscher Herbst« ins kollektive Bewusstsein gerückt ist, ist in Italien eng mit den »Roten Brigaden« (Brigate Rossa – BR), der Autonomia und der Reaktion der Staatsmacht verbunden



Studentenproteste 1977 in Rom

Die Wurzeln der 77er Bewegung liegen im postfaschistischen Italien der fünfziger und sechziger Jahre: Durch die voranschreitende Industrialisierung, besonders in Norditalien, sowie die zunehmende Herausbildung einer Konsumgesellschaft, traten ökonomische, soziale und kulturelle Widersprüche offen zu Tage. Die Kommunistische Partei Italiens (PCI) war nicht in der Lage, die Bedürfnisse einer neuen Generation zu erkennen, so dass diese sich neuen Politik- und Organisationsformen zuwendete.

»Wir wollen alles«

Die neu entstandene Bewegung erhielt Zulauf und Unterstützung von breiten Teilen der Bevölkerung. Im Fokus ihres politischen Denkens und Handeln stand das Subjekt. Grundlage des politischen Verständnisses war die Autonomie dieses Subjektes, das nicht länger warten will, sondern sich kollektiv zusammenschließt, um sich zu nehmen, was ihm zusteht. Am deutlichsten spiegelte sich dieses in der Parole »Wir wollen Alles« wieder.

Die Bewegung lebte von ihrer Breite, den Stadtteilinitiativen, den Fabrikgruppen, den Hausbesetzungen, den feministischen Gruppen, sowie den unzähligen Zeitungs- und Radioprojekten. Neue Themen fanden sich in den Diskussionen der Linken wieder, genauso wie neue Kommunikations- und Organisationsformen.

Schon bei den Auseinandersetzungen in den sechziger Jahren, kam es zur Radikalisierung der Bewegung. Es entstanden Gruppen wie »22. Oktober« (oder die Partisanengruppe GAP), die mit Anschlägen auf Autos oder Maschinenzerstörungen, die Forderungen der Bewegung radikalisiert widerspiegelten. Dabei operierten die Gruppen teilweise offen, was ihnen eine hohe Legitimität in der Bewegung sicherte.

In den siebziger Jahren nehmen die Spannungen zwischen der neuen linken Bewegung und der etablierten Herrschaft zu. Im Jahre 1977 fanden bereits über 2.000 bewaffnete Aktionen statt, Gruppen wie die 1970 entstandenen BR hatten großen Zulauf, und auch in den folgenden Jahren kam es immer wieder zu bewaffneten Aktionen.

Unbekannte Militanzqualität

Nach dem die Spannungen zu nahmen und die staatliche Seite eng mit faschistischen Organisationen gegen die linke Bewegung vorgingen, wurde auch das Niveau der Auseinandersetzungen immer härter. So wurde die besetzte Universität von Bologna 1977 militärisch geräumt. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde ein Jugendlicher von einem Carabinieri erschossen. Die anschließenden Demonstrationen in verschiedenen italienischen Städten fanden ihren Ausdruck in einer unbekannten Qualität an Massenmilitanz. Mit Waffen und Molotowcocktails ausgerüstet, wurden Polizeireviere, Kasernen und Parteibüros angegriffen. Es kam zu Schießereien mit der Polizei, sowie der anschließenden militärischen Besetzung mehrerer Städte wie Rom, Bolgna und Mailand.

Flucht ins Exil

Eine Repressionswelle brach über die Bewegung herein. Linke Zentren und Treffs wurden gestürmt und zerstört, Massenverhaftungen fanden statt, denen über 15.000 Linke zum Opfer fielen. Eine der bekannesten Personen war Antonio Negri. Aktivisten wie Negri mussten ins Exil fliehen und leben teilweise heute noch dort.

Die Bewegung war zerstört, da sie nicht in der Lage gewesen war auf die Repressionen eine Antwort zu finden. Nur langsam gelang es in Italien eine radikale Linke wieder aufzubauen. Die gesellschaftspolitischen Ereignisse in Italien 1977 sind nicht nur für die italienische Linke ein wichtiger Bezugspunkt, der Fragen aufwirft und Inspiration gibt.

Terroristenkeule trifft Antifa

129a kann jeder sein. So sieht es zumindest die Bundesanwaltschaft, die jüngst unter Anwendung dieses Paragrafen in einem Verfahren gegen rund elf Personen aus Berlin und Norddeutschland ermittelt. Der Vorwurf lautet Gründung oder Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung (Paragraf 129 a)

Neben den Verfahren gegen Globalisierungskritiker, die wegen einer Großrazzia im Vorfeld des G8-Gipfels im Mai in Berlin, Brandenburg und Hamburg bekannt wurden, sind nun elf weitere Personen ins Visier der Terror-Ermittler gerückt. Ihnen wird vorgeworfen, seit 2002 vier Brandanschläge auf Fahrzeuge der Bundeswehr und auf eine Rüstungsfirma in Glinde, Bad Oldesloe und Berlin verübt zu haben.

Die Behörden nahmen es mit der Begründung bei diesem Verfahren nicht so genau. Mit Blick auf Hausdurchsuchungen im Juni in Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein sprachen die Verteidiger der Betroffenen sogar von einer »verfassungswidrigen Aufweichung von Durchsuchungsvoraussetzungen«.



Nicht gerade mit Samthandschuhen angefaßt. Antifas aus Berlin und Norddeutschland

X kennt Y

Wie die Ermittler auf einen der Berliner Beschuldigten kamen, liest sich wie folgt: »Der Beschuldigte Y ist der engste Vertraute des Beschuldigten X. Y unterhält darüber hinaus auch Kontakte zu den weiteren Beschuldigten und hält sich zeitweilig in Bad Oldesloe auf. (...) Neben der Antifa-Arbeit tritt Y auch aktiv als Globalisierungs- und Militarismusgegner in Erscheinung. Seine politischen Aktivitäten entsprechen uneingeschränkt dem Betätigungsfeld der vorliegenden terroristischen Vereinigung. Es ist daher davon auszugehen, dass Y neben dem Beschuldigten X als weiteres Mitglied der Vereinigung in Berlin agiert (...).«

Die Verteidiger hielten dagegen: »Mit der vorliegenden Konstruktion der Durchsuchungsbeschlüsse könnte eine Vielzahl der im Norddeutschen Raum aktiven Antifaschisten und Kapitalismusgegner ins Visier der Bundesanwaltschaft geraten.« Die Anwälte verwiesen zugleich darauf, dass das Bundesverfassungsgericht festgeschrieben habe, dass zumindest tatsächliche Anhaltspunkte für die Wahrscheinlichkeit einer begangenen Straftat vorliegen müssen.

Viele Ermittlungsinstrumente

Doch der Einsatz von § 129a lohnt sich. Denn mit dem Paragrafen, der mit Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren geahndet werden kann, steht den Ermittlern eine breite Palette an Instrumenten zur Verfügung. Dazu gehören Telefon- und Raumüberwachung, der Einsatz von verdeckten Ermittlern und Durchsuchungen. Darüber hinaus können die Behörden Ermittlungen zeitlich und personell besonders weit ausdehnen, denn schließlich muss auch das Umfeld der »Terrorverdächtigen« ausgeleuchtet werden.

Nach Einschätzung des Geschäftsführers des Republikanischen Anwältinnen und Anwältevereins (RAV), Hannes Honecker, wollen Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft mit dem Einsatz von 129a »Informationen bekommen, die sie auch öffentlich nutzen und auswerten können. Das kann man bei Ermittlungsverfahren, aber mit geheimdienstlichen Erkenntnissen geht es nicht«, sagte er der *jungen Welt*. Gleichzeitig wird der Paragraf genutzt, um soziale Bewegungen zu kriminalisieren, sie dabei – wie in den aktuellen Fällen – öffentlich zu diskreditieren und in die Nähe des Terrorismus zu rücken. Vor Gericht hat der Paragraf hingegen selten Bestand: Etwa 97 Prozent aller Verfahren werden laut RAV »nach erheblichen Datenerhebungen« ohne Prozess eingestellt.

◆ mehr Infos: soligruppe.blogsport.de und soligruppe-nord.blogsport.de

Antifa-Spion

Diesmal zeigen wir Euch auf der Antifaseite, wie man ganz einfach Nazis überwachen kann und so ihren Handlungsspielraum eingrenzt

■ **Richtmikro**

Richtmikros kann man mittlerweile ohne Probleme kaufen. So groß wie der gute alte Walkman und mit enormer Akkulaufzeit. Einfach sich neben die lokale Nazikneipe setzen und den Kameradschaftsabend abhören.

◆ **Kosten: ca. 210 Euro**

■ **Handy orten**

Dein Mitschüler ist Neonazi? Du willst wissen, zu welchem Naziaufmarsch er diesmal geht? Mit »Handy trakking« kannst Du ihn metergenau orten. Du mußt den Service in der Hofpause heimlich von seinem Handy freischalten. Vom Computer kannst Du genau sehen, wo er und seine Kameraden diesmal gestoppt werden.

■ **Um die Ecke schaun**

Wer kennt noch das »Papp-Periskop«? Gibt es alle zwei Jahre in der *Mickey Maus* im Detekitv-Special. Ein Spiegel mit Knick, mit dem man um die Ecke gukken kann. So könnt ihr ausspähen, wie viel Nazis an der Bushaltestelle stehen, ohne erkannt zu werden.

◆ **Kosten: 2,10 Euro**

Bewegungsgeschichte



»1967-1977: Filme zur Geschichte einer Bewegung.« ist eine Filmreihe mit Diskussionen zur linken Geschichte. Von Chile, 2. Juni 1967, APO und Frauenbewegung, Wilde Streiks zu Pariser Mai, Stadtguerilla und mehr. Vom 19. bis zum 29. Oktober werden die Filme im Kino Babylon in Berlin-Mitte zu sehen sein.

Der bewaffnete Freund



Der neue Roman vom Berliner Schriftsteller Raul Zelik ist eine Provokation für den Feuilleton-Mainstream, weil er nicht nur die Schattenseiten, sondern auch die Ursachen des fortgesetzten ETA-Aktivismus zur Sprache bringt. Er handelt vor dem Hintergrund dieses Kampfes und benennt die franquistischen Kontinuitäten im spanischen Staat, die sich am deutlichsten in der noch immer alltäglichen Folter durch die Guardia Civil manifestieren. Nicht zuletzt jedoch erzählt er die Geschichte einer Freundschaft.

◆ www.raulzelik.net

»Sich selbst erstmal keine Angst machen«

Johannes Specht arbeitet zum Thema Sicherheitsdiskurse. Der *Antiberliner* sprach mit dem Berliner Politikwissenschaftler über den Zusammenhang zwischen Angstkultur und Aufrüstung

Der internationale Terrorismus als Bedrohung von Außen, gewalttätige Autonome im Inneren – wie groß ist die Gefahr für die Menschen hier?

Wie groß die Gefahr tatsächlich ist, kann ich nicht genau bestimmen. Ganz sicher ist nur, dass sie im öffentlichen Diskurs massiv überbewertet wird. Viel interessanter ist hierbei jedoch, was für eine gesellschaftliche Funktion diese ständig präsente Gefahr, die uns anscheinend »alle betrifft«, erfüllt. Sie produziert nämlich Angst.

Angst hat eine gesellschaftliche Funktion?

Ja. Angst ist ein Herrschaftsinstrument. In Diktaturen spielt sie sogar eine überaus große Rolle, die deutliche Drohung mit physischer und psychischer Gewalt bei einem »Fehlverhalten«. Aber auch in demokratischen Staaten hat Angst ganz spezifische, wichtige Funktionen für das Regieren von Menschen. Hier schafft Angst vor allem ein meist irrationales Unsicherheitsgefühl – und der Staat, aber auch private Sicherheitsfirmen, können sich dann als die großen Beschützer präsentieren. Interessant ist doch, dass diejenigen, die die Angst heraufbeschwören auch meist diejenigen sind, die die passenden Lösungsvorschläge anbieten. Als großer Beschützer vor den anscheinend monströsen Gefahren aber brauchen Polizei, Geheimdienste, Armee und Justiz



dann schleunigst die Gelder und Gesetze für eine Aufrüstung ihrer »Werkzeugarsenale«. Und natürlich die breite Zustimmung in der Bevölkerung für ihr staatlich-repressives Vorgehen. Um all das umzusetzen braucht es der ständig wiederholte Gefahrendiskurse, die uns allen Angst machen sollen. – Solche Mechanismen machen mir viel mehr Angst, wenn du mich fragst.

Wer verbretitet diese Angst?

Auf der einen Seite Menschen, die ein unmittelbares, strategisches Interesse an der inneren und äußeren Aufrüstung haben: Also regierende Politiker oder auch Vertreter von Sicherheitsapparaten und Sicherheitsindustrie. Auf der anderen Seite produzieren aber auch die Massenmedien mit an dieser Stimmung. Das muss in den Medien nicht immer als bewusste Strategie passieren: Die einzelnen JounalistInnen re-produzieren die Angst nach einem ihnen bekannten Schema, denn auch sie sind schließlich mit den Terrordiskursen aufgewachsen.

Kann dagegen überhaupt etwas unternommen werden?

Es ist schwierig, dem entgegen zu wirken, da diese Angstdiskurse momentan sehr präsent sind.

Mit eigenen Medien über diese Mechanismen und die Angsthetze aufzuklären, ist ein wichtiger Punkt. Daneben ist es sehr wichtig, auch in den Massenmedien mit anderen Einschätzungen der Lage präsent zu sein oder zu werden. Der erste Schritt aber ist es, sich selbst keine Angst machen zu lassen. Sich mit Anderen zu organisieren, Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren kann dabei hilfreich sein, denn wer nicht allein ist, lässt sich nicht so leicht für dumm verkaufen und Angst einjagen.

Erna tagespolitisch: Zum Sommerloch

